

Ernährung zu sichern, das Leben zu normalisieren und die Betriebe wieder aufzubauen. Die KPD wandte sich an die werktätigen Massen in den Westzonen, um sie für die lebensnotwendigen Ziele im Interesse des Volkes und der Nation zu gewinnen: für die Vernichtung des Faschismus und Militarismus mit seinen Wurzeln; für die Bestrafung und Enteignung der Kriegs- und Nazi Verbrecher; für das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte in Betrieb und Wirtschaft; für eine demokratische Bodenreform; für den Aufbau demokratischer Verwaltungen; für die Brechung des Bildungsprivilegs und eine demokratische Schulreform; für die Überwindung des Rassenwahns und Chauvinismus, um so die Voraussetzungen für friedliche Beziehungen zu allen Völkern zu schaffen. Die KPD unternahm auch nach den Verboten des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED alles, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und den Zusammenschluß aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte herbeizuführen und die politische und gewerkschaftliche Einheit der Arbeiterbewegung zu schaffen.

Der Kampf der Partei wurde jedoch von den imperialistischen Besatzungsmächten mit allen Mitteln behindert. Sie hatte gegen einen antikommunistischen Block anzukämpfen, der von den Besatzungsbehörden über die reaktionären bürgerlichen Parteien bis hin zu den rechten Führern der westdeutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften reichte. Die komplizierten Bedingungen, unter denen die KPD in Westdeutschland kämpfen mußte, das Fehlen echter demokratischer Umwälzungen und der antikommunistische Feldzug gegen die KPD erschwerten auch die innere Festigung der Partei und hemmten die Überwindung des Sektierertums in den Reihen der kommunistischen Bewegung.

Im westlichen Teil Deutschlands gelang es der deutschen Reaktion gemeinsam mit den imperialistischen Westmächten, gestützt auf die Erfahrungen der internationalen Bourgeoisie und mit Hilfe der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die demokratische Bewegung der Volksmassen abzufangen, zu unterdrücken und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes mit Füßen zu treten. Mit List und Betrug wie dem 1947 begonnenen „Entflechtungs“-Manöver, mit formalen, scheindemokratischen Maßnahmen und mit brutaler Behinderung und Verfolgung der demokratischen Kräfte vermochten sie die Verwirklichung der im Potsdamer Abkommen festgelegten demokratischen Prinzipien zu verhindern und durch die 1948 erfolgte Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan die Westzonen den Weltherrschaftsplänen des amerikanischen Finanzkapitals unterzuordnen. In Westdeutschland wurde nicht der Weg der antifaschistisch-demokratischen